



Stettiner

Morgen-Ausgabe.

Beitung.

Mittwoch, den 6. Januar 1886.

Nr. 7.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt:

Als Fürst Bismarck noch schlichter Gutsbesitzer in Schönhausen war, sandte er unserer Zeitung einen Artikel über die polnische Frage, der auch heute noch von Interesse für viele Leser sein dürfte. Derselbe ist vom 20. April 1848 datirt und lautet:

Die Befreiung der wegen Landesverrathe verurtheilten Polen ist eine der Errungenchaften des Berliner Märkampfes, und zwar eine der wesentlichen, da die konstitutionelle Verfassung, die Pressefreiheit und die Maßregeln zur Einigung Deutschlands bereits vor Ausbruch des Kampfes geschafft waren. Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt gezogen; zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchten. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärt, gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Lust gemacht hätte, Frankreich das Elsass abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmuthigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor Allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das Letzte von dem entzogen werde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken, der Durchführung einer schwärmerischen Theorie zu Liebe, einer Therie, die uns eben so gut dahin führen muß, aus unseren südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slawenreich zu bilden, das italienische Tyrol den Venetianern zurückzugeben, und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein von dem Letzteren unabhängiges Czechenreich zu gründen.

Eine nationale Entwicklung des polnischen Elementes in Polen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen), ihm ganz Polen, Westpreußen und Ermland wiedergeben; daraus würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicherer Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, polnisch Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Theil des Großherzogthums Polen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, so lange sie nicht die Weichsel-Mündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Wie kann aber ein Deutscher, weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zu Liebe, dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen raslosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fiebrige Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwicklung in den Rücken zu fallen; der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten sein wird und muss, als der russische Kaiser, der froh ist, wenn er seinen jetzigen Koloss zusammenhalten kann, und der sehr unklug sein mühte, wenn er den schon starken Anteil zum Aufstand bereiter Unterthanen, den er hat, durch Eroberung deutscher Länder zu vermehren bemüht sein wollte. Schutz gegen Russland brauchen wir aber von Polen nicht; wir sind uns selbst Schutz genug.

Ich halte daher unsere jetzige Politik in Bezug auf Polen, auch wenn man jeden einzelnen Deutschen dagegen dem deutschen Bunde vorbehält,

auch wenn man nur den kleinsten Theil des polnisch redenden Anteils dem übrigen Staat durch Sonder-Einrichtungen entfremdet, für die bedauerlichste Don Quijoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat. Die Regierung hat mit Ordnung dieser Angelegenheiten einen mehr polnisch als deutsch gesinnten Mann beauftragt, dessen Benehmen die Armee mit Entrüstung, das Land mit Misstrauen erfüllt, und dessen bei der günstigsten Annahme schwach zu nennendes Verfahren den Missgriffen in dieser Angelegenheit die Krone aufsetzt und sie sanktionirt. Die leichte pomphafte Erklärung dieses Kommissars, in der er sich rühmt, durch seine Bemühungen diese Frage friedlich gelöst zu haben, erscheint in den Blättern gleichzeitig mit dem flaggenden Hülferuf von Behörden und Privatleuten, die fortwährend von Todtschlag und Plünderung der Deutschen und von bewaffneten Konflikten mit dem Militär zeugen. Wird das verantwortliche Ministerium des Königs der National-Versammlung gegenüber die Verantwortung für Alles das übernehmen, was Herr von Willisen in Polen gethan und unterlassen hat, und für die ganze bis jetzt folgte Richtung unserer polnischen Politik? Dann wäre es wichtig, sich darüber aufzuklären, ob in Preußen noch dieselben Rechtsgrundätze gültig sind, welche in dem Polenprozeß des vorigen Jahres gegen die Angeklagten zur Anwendung kamen.

B. S. (Bismarck-Schönhausen.)

Die Handschrift dieses Artikels befindet sich noch in unserem Besitz. Fürst Bismarck hat sich in ähnlicher Weise seitdem schon oft im Parlament über die polnische Frage geäußert. Neues sagt uns also der Brief nicht. Derselben durchweht aber eine so kräftige und praktische nationale Gesinnung, daß unsere Leser an diesem Erinnerungsblatt gewiß ihre Freude haben werden. Ex ungue leonem!

— Ueber den Besuch der Korvette „Elisabeth“ in Kapstadt berichtet die Zeitung „Das Kapland“ unter dem 5. Dezember:

Die „Elisabeth“ kam am Sonnabend, den 28. November, Nachmittags von Zanzibar in der Tafelbai an. Vor etwa 4 Wochen verließ die

„Elisabeth“ Zanzibar und ging nach dem etwa 50 Seemeilen südlich von Zanzibar am Festland gelegenen Hafen Dar es Salaam. Dort wurde eine Abtheilung Leute gelandet und Kapitän Scheiring hieß die Flagge und nahm von dem Lande im Namen Sr. Maj. des Kaisers Besitz. Circa 40 Deutsche leben dort, in Dar es Salaam, hauptsächlich Kaufleute. Der Hafen ist ein ausgezeichneter, das Land ist außerordentlich fruchtbar und vorzüglich zum Anbau von allerlei landwirtschaftlichen Produkten geeignet. Der Hafen soll überdies zu einer Kohlenstation für deutsche Kriegsschiffe gemacht werden. Die Offiziere der „Elisabeth“ haben auf ihren Ausflügen wenige Meilen ins Land hinein mehrere Rhinocerosen geschossen, deren es ziemlich viele dort gibt. Die Korvette wird nach einem etwa zehntägigen Aufenthalt in der Tafelbai ihre Heimreise via Montevideo nach Kiel fortführen.

— Der deutsche Afrikareisende D. Fischer, der bekanntlich von Zanzibar aus eine Expedition nach dem Quellengebiet des Nil führt, um die Afrikareisenden Dr. Juncker, Dr. Schnitzler (Enim Bey) und Casati, welche zuletzt von Lado aus Nachrichten nach Europa gelangen ließen, aufzufinden, bzw. ihnen Hülfe zu bringen und sie zur Küste zu geleiten, ist, einem vom 1. d. M. aus Zanzibar datirten Telegramm zufolge, in Kager eingetroffen. Der Ort Kager ist auf den uns zu Gebote stehenden Karten nicht verzeichnet; vielleicht ist damit das an den Abhängen des Stilima-Abjano auf dem 5. Grad südlicher Breite gelegene Kafé gemeint. Dr. Fischer müßte dann in nördlicher Richtung das ganze Land der kriegerischen, ihm jedoch wohl bekannten Massai durchziehen, um nach Uganda und weiter hinauf nach Lado zu gelangen.

— Die Regierung in Frankreich erfährt eine weitere Verschiebung nach links. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Ministerkrise, an deren Lösung man so lange verzweifelt musste, als nicht abzusehen war, wie ein Theil der radikalen Elemente in das „Regierungslager“ hinüberzogen werden konnte. Der Ausweg, welcher schließlich gefunden wurde, besteht nun einmal in der Ver-

leihung von Ministerposten und anderen einflussreichen Posten an Mitglieder der Partei Clemenceau, dann aber auch in Zugeständnissen in der Tonkin-Angelegenheit. In dem angekündigten Programm des neuen Ministeriums soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Organisation des Protektorates über Annam und Tonkin auf das Nothwendigste beschränkt werden würde. Ob hierunter zu verstehen ist, daß einerseits der französische Einfluß am Königshof gewahrt werden, andererseits aber in Tonkin nur das Flußdelta behauptet werden soll, wird aus den weiteren Erklärungen des neuen Kabinetts erhellen. Jedenfalls werden die Begehrlichkeiten der Radikalen mit derartigen Zugeständnissen nicht befriedigt sein. Die gleichfalls angekündigte Verwaltungsreform wird vor allem den radikalen Stelljägern Genugthuung gewähren müssen, da die Beteiligung an der Beute einen der wichtigsten Punkte im Programm dieser Partei bildet. Der „N.-Z.“ wird gemeldet:

Paris, 4. Januar. Meine Voraussetzung, daß Freycinet trotz aller angeblichen und wirklichen Schwierigkeiten doch die Neubildung des Kabinetts übernehmen werde, hat heute ihre offizielle Bestätigung erhalten. Freycinet hat sich heute Morgen um 11½ Uhr in den Elysepalast begeben und dem Präsidenten der Republik mitgetheilt, daß er die angebotene Ernennung als Konsulpräsident accepte und hoffte, spätestens

am Mittwoch die Liste seiner Kollegen dem Präsidenten der Republik unterbreiten zu können. Was die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten betrifft, so soll die radikale Fraktion Clemenceau vier Ministerposten und vier unterpräsidiale Posten erhalten. Von den opportunistischen Notabilitäten soll, wie es heißt, Spuller als Unterrichtsminister eintreten. General Davout, Herzog von Auerstädt, der mehrfach republikanische Sympathien befand, würde Nachfolger des Generals Camponot werden. Jules Grevy soll eingewilligt haben, beim Zusammentritt der Kammer eine Botschaft zu erlassen, worin eine Art Regierungprogramm aufgestellt und die Republikaner zur Einigkeit ermahnt werden.

— Auf Grund des bekannten Paragraphen 100 e der Gewerbeordnung ist der Innung der Barbier, Friseure und Heildiener in Hamburg das Vorrecht ertheilt worden, Lehrlinge zu halten. Die Zahl der Innungsmitglieder wird auf 240 Mitglieder angegeben, während nur 50 Arbeitgeber außerhalb der Innung stehen sollen. Diese Lehrlinge wird nunmehr nichts Anderes übrig bleiben, als entweder darauf zu verzichten, Lehrlinge zu halten oder unter Ablegung einer Meisterprüfung in die privilegierte Innung einzutreten. Von dem offiziellen Organe des Hamburger Senats wird die Maßregel damit motivirt, daß die Barbierinnung eine Fachschule für Lehrlinge unterhalte und überhaupt dem Lehrlingswesen besondere Sorgfalt zugewendet habe, so daß ihre Thätigkeit auf diesem Gebiete wohl als „bewährt“ habe anerkannt werden können.

— Die städtischen Körperschaften zu Nordhausen haben eine gemeinsame Kommission von 11 Mitgliedern ernannt, die eine Petition betreffs Abwehr des Branntweinmonopols entwerfen soll.

— Auch sämtliche leitenden Tagesblätter London widmen dem Jahrestag der Thronbesteigung des Königs Wilhelm spaltenlange Artikel. Die „Times“ bezeichnet die Wahl Lord Wolseleys als Vertreter der Königin bei dem königlichen Jubiläum als eine durchaus passende, da dieser den wissenschaftlichen Geist in der britischen Armee personifizire, und seinem Manne seine Tendenz so sehr zu danken sei, als dem regierenden Könige von Preußen. Die „Times“ sagt u. A. weiter: „Der Jahrestag ist der Form nach ein preußischer, und nicht ein deutscher. Er gehört dem Königreich Preußen an, und der König — nicht der Kaiser — Wilhelm ist die Persönlichkeit, die er ehrt. In Wirklichkeit ist der Jahrestag wesentlich deutsch; und die deutsche Nation wird es ablehnen, von der Heilnahme ausgeschlossen zu sein. Für Preußen, als abgesondert von Deutschland, kennzeichnet er den Eintritt in eine Periode, die mit Auslöschung endigt. Preußen behält seine Lokalverwaltung, seine Krone und seine Einkünfte. Durch diese Mittel schuf es zuerst den norddeutschen Bund, und demnächst

das deutsche Reich. Jeder gewonnene grandiose Sieg war ein Nagel in dem Sarge seines besonderen Daseins. Der Ruhm der jetzigen Gedenkfeier ist, daß Preußen es jetzt nicht bereut, den Weg zum Schluss seiner Staatsunabhängigkeit gebahnt zu haben. Es hat niemals gefühlt, daß es eine Nationalität verkörperte; und sein beständiges Ziel, welches König Wilhelms Herrschaft erreicht hat, war die Regeneration der deutschen Nation, zu der es sich als einen integrierenden Theil zählt . . .“ Kaum weniger anerkennend drückt sich der „Daily Telegraph“ aus. Nach Aufzählung aller denkwürdigen Ereignisse in dem thatenreichen Leben des großen Königs fragt das Blatt: „Welche Parallele kann in der Geschichte der Vergangenheit mit der vollständigen Bildung und dem beständigen Glanze des langen Lebens gefunden werden, dessen eine großartige Episode morgen durch die Feier dieses beispiellosen Jubiläums — beispiellos durch alle Umstände, die direkt dessen Hauptfigur berühren — allgemeine Anerkennung erhalten wird? Es giebt keine, wie wir wissen; und es ist mit der aufrichtigsten Bewunderung und der tiefsten Verehrung, daß wir unseren bescheidenen Glückwunsch dem reichen Tribut internationaler Achtung hinzufügen, der in wenigen Stunden zu den Füßen des wahrhaft großen Patrioten, vollendet Soldaten und edlen Gentleman, Wilhelm von Hohenzollern, des ersten deutschen Kaisers, niebergelegt werden wird.“

— Zur Frage von der „Russenausweisung aus Preußen“ bringt der „Wochenspiegel Dnewnik“ interessante Daten, dazu bestimmt und angethan, dem Geschehni, daß viele russische Blätter in der Zwischenzeit Wohlgegenommen haben, witzhaft entgegengesetzt. Die Erscheinung überhaupt als durchaus keine so „wichtige“ und auch keineswegs so „willkürliche“ bezeichnet, als welche die Presse sie hinzustellen bemüht sei, konstatirt das offizielle Organ auf Grund authentischer Nachrichten, daß in der Zeit vom Februar bis zum 15. November v. J. in die 10 russisch-polnischen Gouvernements im Ganzen nur 2466 in Preußen lebende Polen zurückgelehrt seien und diese waren lange auch nicht Alle ausgewiesen worden, sondern Viele hätte die bloße Furcht vor der Ausweisung zurückkehren lassen. Ferner berichtet der „W. Dnew.“, daß Alle, ohne Ausnahme, nicht im Besitze von Pässen und Aufenthaltscheinern gewesen seien, sondern in den meisten Fällen heimlich als Deserteure, oder in der Absicht, sich der Abföhlung der Wehrpflicht zu entziehen, die Grenze passirt hätten. Auch Viele, die als Arbeitsuchende hinübergingen, thaten das heimlich und ohne Pässe und führten, wenn sie keine Arbeit fanden, eine Bagabundeleben. Wieder Andere trieb die Furcht vor Strafe für begangene Verbrechen ins Ausland; auch einige Minderjährige, deren Eltern dort starben, befinden sich unter diesen Zurückgekehrten; endlich seien auch gar noch preußische Unterthanen unter ihnen, die sich bei dieser Gelegenheit selbst heimlich auf den Weg machen, natürlich nicht ohne guten Grund. Zu guterletzt endlich erklärt der „W. Dn.“, daß das Ganze ausgeführt wurde „auf Grund eines gegenseitigen Übereinkommens zwischen den Regierungen von Preußen und Russland“.

— Ganz besonders warm und herzlich bewußte gestern bei Hofe und auch in weiteren Kreisen der Stadt die Überraschung, welche der König von Sachsen durch seinen unangemeldeten Besuch unserem kaiserlichen Herrn bereitet. Es waren, wie bekannt, um das Gepränge der Feier so viel wie möglich einzuschränken und die Gesundheit des königlichen Kreises zu schonen, Einladungen zu der Hoffeierlichkeit nur an die nächsten Anverwandten ergangen; von regierenden Fürsten nur an des Königs Schwager, den Großherzog von Weimar, und an des Königs Schwagerohn, den Großherzog von Baden. Der König von Sachsen hüttete sich, durch vorzeitige Anfrage seines Erscheinens in Berlin die Anordnungen bei Hofe zu durchbrechen. Erst gestern früh hielt der Gesandte Sachsen in Berlin die telegraphische Meldung, sein königlicher Herr wolle um die und die Stunde incognito und in Begleitung mit dem fahrplanmäßigen Zuge auf dem Bahnhofe erscheinen. Er mache davon bei vertraulicher Anzeige und die Freude unseres Kaisers war groß, als er den sächsischen König Kriegsgefährten im Palais begrüßen konnte.

Eigentlich wollte der Letztere, nachdem er seine Glückwünsche dargebracht, sofort mit dem 2 Uhr-Zuge wieder nach seiner Hauptstadt zurückfahren. Die dringenden Bitten des Kaisers, der König möge den festlichen Tag wenigstens bis zum Abend im Schoße der kaiserlichen Famili verleben, hinderten die Ausführung dieses Vorhabens, und der König von Sachsen verließ Berlin erst nach 9 Uhr Abends. In der Stadt war sein Hiersein erst Nachmittags da und dort bekannt geworden, natürlich vom Palais der sächsischen Gesandtschaft aus in der Königgräßerstraße, wo sich mehrmals Menschenmassen ansammelten, um dem verebten Gaste unseres greisen Herrschers Huldigungen darzubringen, welche übrigens, da man seiner nicht anstichtig ward, so viel ich weiß, unverbleiben mussten.

— Die Festlichkeiten der letzten Tage haben die politischen Ereignisse in etwas in den Hintergrund gedrängt; inzwischen wird doch bekannt, daß in den letzten Tagen eine lebhafte diplomatische Korrespondenz zwischen Berlin und Wien stattgefunden hat, welche sich auf die diesseitigen Wünsche beziehen dürfte, daß Österreich in Serbien seinen ganzen Einfluss dahin verwenden möge, die Serben von der fortwährenden Erhebung von Schwierigkeiten bezüglich der Wahl des Konferenzortes, der Befugniss der internationalen Militärikommission u. dergl. abzuhalten. Man hat hier all diesen Bedenken zwar keinerlei Bedeutung beigelegt, möchte aber dadurch auch den Lauf der Dinge nicht ohne Noth verzögern lassen.

— Mit Recht ist hervorgehoben worden, daß die Bewilligung eines Verlangens, wie es jüngst in einem von einer Anzahl von Domänenpächtern gefassten Beschlusse Ausdruck gefunden, völlig außerhalb der Sphäre der Befugnisse der Staatsregierung liege. Nach der Verfassung, nach den Vorschriften für die Oberrechnungskammer ist der landwirtschaftliche Minister gar nicht in der Lage, Gnadenakte in Form von Pachtlassen auszusprechen. Das zu thun ist allein der König bezeugt, nachdem ihm der Minister Vortrag gehalten. Im Uebrigen hat der Minister Lucius bereits zu Beginn des vorigen Jahres Veranlassung genommen, sich in unzweideutiger Weise darüber zu äußern, wie von ihm ein derartiges Anstreben aufgefaßt wird. Damals bei der Berathung des landwirtschaftlichen Etats im preußischen Abgeordnetenhaus wies Herr von Minnigerode auf eine Anzahl von Fällen hin, in denen in Folge des Vermögensverfalls des seitherigen Pächters zu einer Neuverpachtung von Domänenvorwerken habe geschritten werden müssen, und er hob als Grund dieser traurigen Erscheinung hervor, daß in den siebziger Jahren — vor dem Amtsantritt des gegenwärtigen landwirtschaftlichen Ministers — ein sehr einseitiger Notariats-Blattungsvertrag et zu Verpachtungen obgewaltet habe. Herr v. Minnigerode knüpft an diese Mittheilung die Hoffnung, daß in der gegenwärtigen Verwaltung des landwirtschaftlichen Ressorts nicht ein einseitiges Geldmietrecht Berücksichtigung finden werde, und daß bei der Erteilung des Zuschlags nicht lediglich auf das gute Pachtgebot, sondern auch auf die Persönlichkeit des Pächters Gewicht gelegt werde. Demgegenüber erklärte Minister Lucius, daß es kaum möglich sei werde, von dem Prinzip des Meistgebotes abzuweichen. Er könne nur die Wahrung aussprechen, sich in Verpachtungsvereinbarungen nicht leichtsinnig zu überbieten. Jeder Geschäftsmann, der eine kontraktliche Verpflichtung eingebe, habe sich die Konsequenzen vorher klar zu machen. Er halte es für ein Gebot der geschäftlichen Moralität, daß stets darauf verwiesen werde, daß der Staat auf eine strenge Erfüllung der pachtkontraktlichen Verpflichtungen hallen müsse. Herr Dr. Lucius hob alsdann hervor, daß der Gnadenakt einer Pachtvermehrung allein dem Könige zustehe, und erklärte nochmals, daß der Minister in der Nothwendigkeit sei, darauf zu halten, daß die abgegebenen Pachtgebote seiner Zeit reell eingehalten würden. Wenn die landwirtschaftliche Verwaltung bei den Neuerpachtungen auch nach der Erklärung des Ministers im Prinzip den Zuschlag an das Meistgebot bindet, so wird sich die Qualifikation des Bieters nie außer Betracht gelassen. Herr Lucius erklärte, daß eine Zuschlagserteilung ihn immer persönlich affiziere und darum ohne Ausnahme von ihm geprüft werde. Bei den 154 Domänenverpachtungen, die von 1881 bis 1883 erfolgten, wurde in 11 Fällen dem Zweitbestiedenden der Zuschlag erteilt, in drei Fällen dem Drittbestiedenden. Während dieses Zeitraumes sind 16 Domänenpächter in Vermögensverfall gerathen. Funfzehn derselben mußte das Pachtverhältnis vor Ablauf der kontraktlichen Pachtzeit gekündigt werden.

Ausland.

London, 2. Januar. Zur Kennzeichnung der agrarischen Verhältnisse in Irland liegt in der "Times" ein von einem Mr. Trench unterzeichnetes Schreiben vor, in welchem es unter Anderem heißt:

Das Eigentum der Grundbesitzer in Irland entzündet denselben; langsam aber stetig, während sie schlummern, geht es in die Hände der Bodenpächter über, die auf einem Gute nach dem andern erfolgreich gegen die Zinszahlung streiken und gestreift haben. In diesem Augenblick bedarf es der Dienst von 22 Polizisten zur Bewachung von Lord Kenmare's Schloß in Killarney; und es gibt viele andere Schlösser in Kerry, die in kleinerem Maßstabe unter Polizeischutz stehen, während auch Pächter, Herden und Pachtbesitzer Tag und Nacht von Polizisten gegen

Dynamitattentate und Mord geschützt werden müssen. In der Grafschaft Kerry allein verausgabt die Regierung gegenwärtig 10,000 Pf. St. per annum von dem Gelde der Steuerzahler zum Schutz von Grundbesitzern, Pächtern, Arbeiterswohnungen und Vieh. Die Lage ist unerträglich. Trotz aller dieser Auslagen verlieren die Grundbesitzer ihre Güter und werden einer nach dem anderen an den Bettelstab gebracht. So schwer es gewesen, irgend einen Theil des jetzt fälligen Pachtzinses einzukassieren, wo organisierter Widerstand geleistet wird, wird es viel schwerer sein, den nächsten halbjährlichen Zins, der im Sommer 1886 fällig ist, einzuziehen. Zu dieser Zeit werden die Hülfsquellen vieler der kleineren Grundbesitzer in den westlichen und ärmeren Theilen Irlands erschöpft worden sein, und sie werden gänzlich ruinirt werden, während natürlich auch die Besitzer von Hypotheken auf ihr Güter ihr Geld verlieren werden. Der gegenwärtige Plan, Verbrennen zu verhüten, indem an jeder Ecke ein Polizist stationirt wird, ist ein temporäres Auskunftsmitte, aber es ist keine Regierung."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Januar. Ein Hausportier (Jog. Bizewirth &c.), welchem vom Hauseigentümer gegen Entgelt unter Anderem die Treppenbeleuchtung übertragen ist, kann, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafensatz, vom 6. November v. J., durch Unterlassen der rechtzeitigen Treppenbeleuchtung bei eingetretenem Unfall sich einer fahrlässigen Körperverletzung unter Übertretung einer Berufspflicht (§ 230, Abs. 2 Str.-G.-B.) schuldig machen und auch ohne Strafantrag strafrechtlich verfolgt werden.

— Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, welche Rolle in der Dienstbotenfrage die Dienstbücher spielen. Man hat betont, wie wichtig es ist, daß die Herrschaft dem abgehenden Mädchen das Zeugnis einschreibt, welches es wirklich verdient, und sich nicht mit einer Redensart absindet, die dem folgenden Dienstherrn über die Eigenschaften nichts sagt. Nun bemerkte man trotzdem, daß die Herrschaft dadurch noch gar nicht dagegen geschützt ist, ein schlechtes Dienstmädchen zu mieten. Eine Abnonntin schreibt darüber respektvoll: „Mein Mädchen bekommt jetzt zum 1. Januar auch ein schlechtes Zeugnis, doch hat das schon geäußert: „Ich bleibe drei Wochen zu Hause, verliere das Buch und lasse mir dann ein neues ausstellen.““ In der That scheint dies die allgemeine Praxis zu sein. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur einen Blick auf die erste Seite des „Berliner Intelligenzblattes“ zu werfen, wo jeden Tag durchschnittlich zehn Dienstbücher vorschriftsmäßig als verloren angezeigt werden. Gefunden hat sich noch nie eins. Gegen „Nordosten“ steht „Kann ein Mittel, dagegen macht die Abnonntin einen Vorschlag, der die Mädchen verhindern soll, aus dem Verluste Vortheil zu ziehen, und dieser Vorschlag scheint uns ganz vernünftig. Sie schreibt: „Die Polizei soll verlangen, daß ein Mädchen, welches ein Buch verloren haben will, erst von der letzten Herrschaft das Zeugnis noch einmal einholt; auch wäre es richtiger, dem Mädchen das Zeugnis, statt erst beim Abgänge, schon dann zu geben, wenn es sich vermählen geht.“ Wir wünschen, man möge diese Vorschläge in Erwägung; schon darum, weil der jetzige Zustand ein Hohn auf die polizeilichen Vorschriften ist. Kann man diese wirklich nicht durchführen, so wäre es besser, man schaffe sie ab, anstatt sich und der Dienstherren Mühe und dem Mädchen obendrein einen Triumph zu bereiten.

— In dem Dorfe Bismarck wurde vorgestern der Knecht Kuhne in Haft genommen, nachdem er bereits seit 3 Monaten verfolgt wird, weil er zu dieser Zeit in Nassenheide einem andern Knecht einen nicht ungefährlichen Stich in den Rücken beigebracht hat.

— Der Regierungs- und Medizinal-Rath Dr. Dietrich ist der königl. Regierung hier selbst überwiesen worden.

— Dem Domänenpächter Theodor Mind zu Niebig, Kreis Arnswalde, ist der Charakter als königl. Ober-Amtmann beigelegt worden.

— Landgericht. — Strafkammer. — Sitzung vom 5. Januar. — In fast 3½ stündiger Verhandlung wurde eine Anklage wegen Diebstahls wider den Stellmacher Aug. Jul. Chmke aus Misdroy, dessen Ehefrau Ida, dessen Bruder, den Kutscher Alb. Chmke, und die Chefrau des Schlächters Chmke zu Ende geführt, welche bereits einmal die Strafklammer beschäftigte. Die Genannten waren beschuldigt, in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1884 mittelst Einsteigens einen Diebstahl in dem Geschäftskontor einer Frau Fensch in Misdroy ausgeführt zu haben und wurde heute auch von einigen Zeugen behauptet, daß sie die Angeklagten bei Ausführung des Diebstahls beobachtet hätten. Dagegen war jedoch eine Reihe von Entlastungszeugen geladen, welche das direkte Gegentheil befunden, auch sprachen die erwiesenen Nebenumstände so wenig für die Schuld der Angeklagten, daß der Gerichtshof auf Freispruch erkannte.

Wegen Kappelei trifft die verehel. Arbeiter Besteher, geb. Radunz, eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juli v. J. wurde bei dem Gastwirth Mahler in Tornay ein Einbruch verübt und dabei 10 Flaschen Rotwein und 5 Flaschen Branntwein gestohlen. Als die That dringend verdächtig wurden bald darauf die Arbeiter Heinr. Aug. Karl Liebert und Paul

Emil Wendler, genannt Zirkel, und der frühere Schriftsteller Max Alb. Schröder in Haft genommen. Liebert und Zirkel gestanden auch den Diebstahl ein, behaupteten jedoch, Schröder sei nicht dabei beihilftig gewesen. Auch durch die heutige Beweisaufnahme wurde Schröder nicht belastet und erfolgte dessen Freispruch, wogegen Liebert, welcher bereits mehrfach vorbestraft ist, zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust und Zirkel zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt wurden.

Vermischte Nachrichten.

Paris, 3. Januar. Auf den letzten Silvesterabend hatte die Familie Sipiere, welche in der hiesigen Finanzwelt eine Rolle spielt, in ihrem Hotel eine fröhliche Zusammenkunft von Verwandten und Freunden veranstaltet. Zur Belustigung der geladenen Kinder sollte ein kleines Gelegentheitsstück aufgeführt werden, für das die 13jährige Tochter des Hauses die Hauptrolle einstudirt hatte. Gegen 10 Uhr harrte das kleine Volk gespannt auf die kommenden Dinge, als ein furchtbares Geschrei ertönte. Man eilte nach dem Zimmer des Mädchens und sah es mit hellen Flammen erfüllt, die Vorhänge und die Möbel brannten und auf dem Boden wälzte sich Fräulein Neriva Sipiere, deren Kleidung von dem Flammen Feuer gefangen hatte. Der ganze Körper war mit Brandwunden bedekt und auch der berühmte Chirurg Bean, der mit einem Kollegen herbeirufen wurde, vermochte keine Hilfe zu bringen. Das arme Mädchen starb, nachdem es noch 24 Stunden gelitten hatte, und wird morgen bestattet werden.

— Ein bekannter nervöser Schriftsteller kann nicht schlafen, wenn Blumen im Zimmer sind. Eines Nachts erwacht er und zündet ein Licht an. Zu seinem Entsetzen bemerkte er einen Blumenstrauß auf dem Kaminstm. Er eilt in das Zimmer seiner Gattin: „Frau! Weiß! Das ist ja schrecklich! Blumen in meinem Zimmer! Willst Du mir an's Leben?“ — Die Frau: „Aber Männer, es sind ja nur Papierblumen!“ — Der Schriftsteller: „So?... Nun bedenke einmal, wie es mir erst geschadet hätte, wenn sie echt gewesen wären!“

— Der beliebteste Gruß auf der Straße in Paris (seit Pasteur's Kuren): „Sind Sie schon gebissen?“

(Erbauliches vom platten Land.) In einem altenburgischen Dorfe hält der Pfarrer am Sonntag Nachmittag eine Erbauungsstunde für konfirmierte Junglinge. Er unterrichtet aus dem alten Testamente, bleibt bei der Erklärung des Buches stehend und schließt mit den Worten: „Das nächste Mal wollen wir mit Stoff fortfahren.“ Ein Bauernknecht kommt nach Hause und wird von seinem Vater gefragt: „Nu, fühlst du denn auf'n Sunt'g widderkumme?“ „Nein“, erwidert der Kleinknecht, „daß Vastor ißn Sunt'g nicht darheeme, ar will mit Huibe fortfahre.“

— Die Zahl der größeren Feuersbrünste in London belief sich im vergangenen Jahre auf über 2000, — im Vergleich zu früheren Jahren eine große Zunahme, die — so schreibt die „Londoner Zeitung“ — wohl teilweise darin ihre Erklärung findet, daß die Geschäfte im vorigen Jahre so schlecht gingen, daß ein gutes Feuer als ein wahrer Gottes Segen angesehen wurde!!!

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 5. Januar. Der bisherige Gouverneur von Archangel, Staatsrat v. Paschitschenko, ist zum Gouverneur von Kurland ernannt.

Madrid, 4. Januar. (Deputirtenkammer.) Nobledo griff den Kammer-Präsidenten Canovas wegen seiner Haltung nach dem Tode des Königs an und legte die Notwendigkeit dar, die konservative Partei zu reorganisieren. Francois Silvela vertheidigte Canovas. Die Regierung beteiligte sich nicht an der Debatte.

Der Senat genehmigte die von dem Finanz-Minister Camacho vorgelegten Gesetzentwürfe.

Belgrad, 4. Januar. Die hier befindlichen Deutschen beginnen gestern die Regierungs-Jubelfeier des Kaisers Wilhelm durch einen feierlichen Gottesdienst.

Belgrad, 5. Januar. General Horvatovic beabsichtigt, demnächst sämtliche Truppen im Innern des Landes zu inspizieren.

Über den Ort, an welchem die Friedensverhandlungen mit Bulgarien stattfinden sollen, ist noch keine Einigung erzielt.

Athen, 4. Januar. (Telegramm der „Agence Havas“.) Der Minister-Präsident Delhannis hat unter dem 31. Dezember ein Rundschreiben an die Vertreter Griechenlands im Auslande gerichtet, in welchem er unter Hinweis auf seine früheren Rundschreiben hervorhebt, daß die Haltung Griechenlands in der bulgarisch-rumänischen Frage den Mächte entgegensteht, welche die Nachwirkungen einer Erfaltung auf, welche man anfangs für unbedenklich hielt, bis sie sich ernster geltend machte und Frau Lucca gezwungen wurde, das Bett zu hüten. Es scheint, daß die Krankheit der Künstlerin einen typhösen Charakter annahm; die Ärzte von Charlon stellten keine bestimmte Diagnose und erklärten es nicht ausgeschlossen, daß eine Bauchfell- oder Gedärmentzündung hinzutreten könnte. Sobald der Zustand der Künstlerin es erlaubte, willigten die russischen Ärzte darin, daß die Kranke, welche eine große Sehnsucht nach Wien empfand, hierher zurückkehre. Die Reise von Charlon nach Wien wurde in Griechenland befreit und gegen die Mächte nicht nachkommen und es würde nicht im Einklang mit seinen friedlichen Gestaltungen stehen, wenn es nicht offen die Situation, die an der Nordgrenze des Königreichs geschaffen ist, als eine solche bezeichneten wolle, die voll von Gefahren sei. Die griechische Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß die Mächte bei der Regelung der bulgarisch-rumänischen Frage den vitalen Interessen Griechenlands Rechnung tragen werden.